

**Gemeinderatsfraktion Junges Freiburg/DIE GRÜNEN
Gemeinderatsfraktion der SPD
Gemeinderatsfraktion der Unabhängigen Listen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Dieter Salomon

per Fax: 201 – 1140
(parallel an hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de)

Freiburg, 13.10.2010

„Auswirkungen einer möglichen Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke auf die städtische Beteiligung badenova und die Stadt Freiburg“, Drucksache G 10/216

h i e r : Antrag zum entsprechenden Tagesordnungspunkt der Sitzung des Gemeinderats am 26.10.2010

Der Gemeinderat möge beschließen:

„In der Kontinuität seiner Beschlüsse zum Ausstieg aus der Atomenergie (z.B. dem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie am 28.05.1986 als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl im April 1986) und zur Umsetzung eines zukunftsorientierten Freiburger Energieversorgungskonzeptes (einstimmiger Gemeinderatsbeschluss erstmals im Oktober 1986), verabschiedet der Freiburger Gemeinderat in seiner Sitzung am 26.10.2010 folgende

R e s o l u t i o n :

Der Freiburger Gemeinderat fordert einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie sowie eine Energiepolitik, die auf den drei Säulen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien beruht.

Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat werden deshalb aufgefordert, den bislang vertraglich vereinbarten Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie beizubehalten und auf Laufzeitverlängerungen deutscher Atomkraftwerke zu verzichten.

Für die Stadt Freiburg würde eine Laufzeitverlängerung die Umsetzung ihrer Klimaschutzziele erschweren. Der ökologische Umbau und die wirtschaftliche Ertragskraft des im kommunalen Eigentum befindlichen regionalen Energiedienstleistungsunternehmens Badenova (mit der Stadt Freiburg als kommunaler Hauptgesellschafterin) wären gefährdet.

Ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke würde die Marktdominanz der vier AKW-Betreiber und die überkommene zentralistische Energiewirtschaftsstruktur zementieren. Dadurch würden die Chancen der Wettbewerber, beispielsweise von Badenova (mit der Stadt Freiburg als Hauptgesellschafterin) und der über 800 deutschen Stadtwerke stark eingeschränkt. Deren - im Vertrauen auf die geltende Gesetzeslage getätigten bzw. geplanten - Investitionen in eine nachhaltige Energiewirtschaft würden in Frage gestellt. Vor allem der breite Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die in Freiburg bereits vorangebracht wurde und künftig noch verstärkt ausgebaut werden soll, wäre erheblich gefährdet. Gleiches gilt für den Ausbau regionaler und dezentraler regenerativer Energien.

Auch politisch ist nach Auffassung des Freiburger Gemeinderates eine zusätzliche Laufzeitverlängerung nicht verantwortbar. Zum einen steigen die Gefährdungspotenziale mit zunehmendem Alter der Meiler an. Zum anderen wachsen die Atommüllmengen, bei gleichzeitig ungeklärter Endlagerfrage.

Der Freiburger Gemeinderat appelliert mit großem Nachdruck an Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, keine zusätzliche Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu beschließen. Stattdessen müssen alle Möglichkeiten zum umfassenden Ausbau der regenerativen Energien, zur Energieeinsparung und zur Energieeffizienz genutzt werden.“

Für die Fraktion JF/DIE GRÜNEN
gez. Maria Viethen
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der SPD
gez. Renate Buchen
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der UL
gez. Michael Moos
Fraktionsvorsitzender

f.d.R.d.A.

Eckart Friebis
Stadtrat JF/GRÜNE